

VSEG-Stellungnahme zu Geschäften der bevorstehenden März-Sonder-Kantonsratssession

Sehr geehrte Damen und Herren

Der VSEG informiert Sie mit dem aktuellen „Standpunkt“ wiederum über seine Empfehlung zur STAF-Vorlage anlässlich der Sondersession im März.

RG 167/2018 Umsetzung der Steuerreform und der AHV-Finanzierung (FD)

Der VSEG empfiehlt dem Kantonsrat, die grundsätzliche Vorwärtsstrategie (13%-Strategie) des Regierungsrates unter Berücksichtigung der eingebrachten FIKO-Anträge zu genehmigen.

Die STAF-Vorlage (SV17) stellt für den Kanton wie auch für die Gemeinden eine grosse Herausforderung dar. Die vom Regierungsrat erarbeitete Vorwärtsstrategie hat einerseits zum Ziel, die betroffenen Unternehmungen im Kanton Solothurn halten zu können (es sind rund 5'000 Arbeitsplätze davon betroffen) und andererseits die Wirtschaft mit den flankierenden Massnahmen (Entlastung der niedrigen Einkommen, Bildungsinvestitionen etc.) an diesem Zukunfts-Projekt zu beteiligen. Die Gemeinden wiederum verfolgen mit dieser Vorlage das Ziel, ihr aktuelles Steuersubstrat halten zu können, damit auch in Zukunft die notwendigen Investitionen getätigt werden können. Der Regierungsrat hat den Gemeinden ein Ausgleichssystem mit einer Netto-Steuerertragsausfallquote unterbreitet, welches nun in der vorliegenden regierungsrätlichen Form inkl. den FIKO-Änderungsanträgen in seiner Gesamtheit unterstützt werden kann. Der VSEG ist überzeugt, dass mit dieser Steuervorlage die Basis für ein steuerlich attraktiveres Solothurn geschaffen werden kann und die mit dieser Steuerstrategie betroffenen Arbeitsplätze gehalten werden können. Die Gemeinden erachten die Gegenfinanzierung des Kantons zu Gunsten der Gemeinden als Investition in die Zukunft!

Mit den durch den VSEG durchgeführten Informationsveranstaltungen in den drei Kantonsteilen (rund 210 teilnehmende Behördenmitglieder) konnte erwirkt werden, dass viele Unsicherheiten bei den Gemeinden und vor allem Falschaussagen im Bereich der Gemeindebelastungen eliminiert werden konnten. Die von den Städten Grenchen und Olten eingebrachte neue Variante bzw. die daraus entstehenden Forderungen konnten im Rahmen der FIKO-Diskussionen zum Teil berücksichtigt werden.